Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den zweispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur geschäftlich von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH. Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2. Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 690

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Provinz, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grabs, Dresden; für Ausland: Karl Paetzner, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilke, Berlin; für Inserate: Felix Richter, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 14. Januar 1932 — Nummer 11

SPD-Arbeiter! Entscheidet euch für eure Klasse!

Mit Thälmann gegen Stahlhelm-Hindenburg

Begeisterte Aufnahme des Beschlusses der KPD für Aufstellung des roten Arbeiterkandidaten gegen den Reaktionsblock Hindenburg—Brüning—Hitler—Wels. Der Widerhall in den Betrieben und Stempelstellen. Verwirrung bei der Bourgeoisie. Erbärmliche Manöver der Dresdner Volkszeitung zur Vertuschung der Lakaienrolle der Sozialdemokratie

Die Aufstellung des Führers der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann als proletarischen Klassenkandidaten gegen die Hindenburgfront der Bourgeoisie hat im ganzen Reiche lebhaften Widerhall gefunden. In den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Büros hat der Beschluß des ZK der KPD begeisterte Zustimmung ausgelöst. Die Losung der KPD: Klasse gegen Klasse hat millionenfaches Echo unter den Massen hervorgerufen. In schärfster Weise wird bei den Arbeitern die faschistische Blockpolitik der SPD mit Hindenburg—Brüning—Hitler diskutiert. Besonders erbittert sind die SPD-Arbeiter, die 1925 den Kampf gegen Hindenburg, als den Kandidaten der Reaktion geführt haben und die jetzt nach dem Kommando der Wels und Edel eben demselben Hindenburg den Steigbügel halten sollen. Die offene Sprache der kommunistischen Erklärung zu den Präsidentschaftswahlen, die Betonung, daß die KPD diesen Kampf als außerparlamentarische Massenmobilisierung gegen Not und Reaktion führt und die klare Klassenpolitik der KPD, die die Aufstellung des kommunistischen Gegenkandidaten als einzigen proletarischen Kandidaten aufzeigt, findet begeisterte Aufnahme bei den proletarischen Massen.

Bei der Bourgeoisie hat bereits die Ankündigung der Aufstellung eines Arbeiterkandidaten durch die KPD wie eine Bombe gewirkt. Der Jungdo hat sofort die Einreichung eines Antrages auf Volksbegehren für Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs um 7 Jahre beschlossen, der heute mittag eingebracht wurde. Wörtlich wird dieser Antrag folgendermaßen begründet: „Es liegt ferner die Gefahr vor, daß ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird." Gleichzeitig hat sich unter Führung des Nazifreundes Geßler ein Mischmaschkomitee gebildet, daß als „überparteilicher Ausschuß" die Wahlhilfe für Hindenburg organisieren soll. Die Nazis sind in größter Bedrängnis durch die Empörung ihrer Anhänger und vertuschen die Ergebenheitserklärung Hitlers durch verlogene Manöver mit angeblichen Plänen zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten.

Die erbärmlichste Rolle spielt wiederum die Sozialdemokratie, die zuerst diese Präsidentschaftsschiebung für Hindenburg eingeleitet hat, die als bedingungsloses Anhängsel der Hindenburgfront der Bourgeoisie fungiert und die jetzt krampfhaft den SPD-Arbeitern klarzumachen versucht, daß die Hindenburgkandidatur nunmehr auch als „Kampf gegen Faschismus" betrachtet werden müsse. Die SPD-Arbeiter erkennen jetzt deutlich und klar, wie tief die SPD-Führer im faschistischen Sumpf der Bourgeoisie stecken. Für alle klassenbewußten SPD-Arbeiter kann es nur eine Losung geben: Gegen Stahlhelm-Hindenburg und seinen Block; für den Arbeiterkandidaten der roten Einheitsfront Ernst Thälmann!

Mit welchen Mitteln die entlarvten Hindenburger der SPD ihre erbärmliche Stellung verteidigen, das zeigt der geradezu lächerliche Artikel der Dresdner Volkszeitung des Herrn Robert Grötzsch. Dieser Schwankdichter bringt es fertig, das nationalsozialistische Manöver als eine „Absage an Hindenburg" hinzustellen. Dabei fühlt die sozialdemokratische Journaille ganz genau, wie gefährlich die Verteidigung der SPD-Politik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern geworden ist. Der Dichter in der Volkszeitung greift deshalb zu einem plumpen Mittel. Er behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die Sozialdemokratie sich zur Frage der Hindenburg-Kandidatur überhaupt noch nicht geäußert habe, obgleich seit Tagen in der ganzen Presse die befürwortende Stellungnahme der SPD behandelt wird. Obgleich die Herren Wels und Breitscheid schon Rapport bei Herrn Brüning erstattet haben und obgleich beinahe jeder in Deutschland weiß, daß die ersten Vorschläge für die Verlängerung der Kandidatur durch die sozialdemokratische Presse gemacht wurden. Herr Grötzsch versucht außerdem die Entwicklung der Dinge so hinzustellen, daß wieder einmal die Kommunisten daran schuld seien, daß die sozialdemokratischen Führer die Stiefel der Generaldiktatur lecken. Wörtlich schreibt er:

„Der Kampf um den Präsidentenposten läge für die deutsche Arbeiterschaft erheblich einfacher, wenn die Kommunisten imstande wären, mit den organisierten sozialistischen Arbeitermassen in dieser Frage zusammenzugehen. Aber sie haben es seinerzeit unmöglich gemacht, daß Otto Braun gewählt wurde und sie würden auch diesmal einem Mann der sozialistischen Anhängermassen in den Rücken fallen."

Das wagt Herr Grötzsch den sozialdemokratischen Arbeitern zu erklären, obgleich er selbst ganz genau weiß, daß die Sozialdemokratie von Anfang an für die Aufrechterhaltung der Präsidentschaft Hindenburgs sich eingesetzt hat. Niemand anders als das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts, erklärte, daß die Sozialdemokratie bedingungslos für die Einheitsfront mit Hitler zugunsten Hindenburgs sei. Wörtlich erklärte der Vorwärts zu dem Antrag für die Verlängerung der Amtsdauer von Hindenburg:

„Sie (Die Sozialdemokratie d. Red.) denkt ebensowenig daran, etwa aus Bosheit gegen einen Antrag zu stimmen, weil andere für ihn stimmen."

Aber Herr Grötzsch hat auch noch besonders Pech mit seinem „Gegenkandidaten" Otto Braun. Der preußische Ministerpräsident, eine der offensten Stützen des faschistischen Notverordnungskurs, läßt nämlich ausdrücklich durch die bürgerliche Presse erklären, daß er unter keinen Umständen als Gegenkandidat gegen den von Herrn Hitler hochverehrten Herrn Reichspräsidenten Hindenburg auftreten wolle. Grötzsch widerlegt sich einige Zeilen weiter selbst. Nachdem er eben versucht hat, die Lakaienrolle der deutschen Sozialdemokratie lediglich als Produkt der kommunistischen Offensive hinzustellen, erklärt er wörtlich:

„Selbst die österreichische Sozialdemokratie, die keine Kommunisten im Rücken hat, blies vor einiger Zeit einen Präsidentschaftswahlkampf ab, der bereits im vollen Gange war. Es kam zu einem Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien, wiewohl die österreichische Sozialdemokratie einen Wahlkampf mit Aussicht auf Erfolg wagen konnte."

Damit beweist der Soldschreiber des Herrn Wels, daß die Sozialdemokratie überall bedingungslos auf Gedeih und Verderb mit der Bourgeoisie marschiert und überall dort, wo die Interessen der herrschenden Klasse es erfordern, die offene Einheitsfront mit den schärfsten Feinden der Arbeiterklasse herstellt. Für diese parlamentarischen Kretins steht nicht einmal die Frage der außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen zur Debatte. Unverrückbar starren sie auf die Kommandos der Kapitalisten, nach deren Befehlen sie auch jetzt den Einheitsblock mit Hitler zur Herstellung der faschistischen Volksgemeinschaft für Hindenburg schließen.

Der Beschluß des Zentralkomites der Kommunistischen Partei durch Aufstellung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann die klaren Klassenfronten herzustellen und die außerparlamentarische Mobilisierung der arbeitenden Massen gegen den Kandidaten der herrschenden Klasse, gegen Not und Reaktion in den Mittelpunkt des Kampfes um die Präsidentschaft zu stellen, wird gerade deshalb die tausendfache Zustimmung auch in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter finden. Auch wir sagen mit unserem Zentralorgan, der Roten Fahne:

Mit Entrüstung werden die sozialdemokratischen Arbeiter die Zumutung von sich weisen, am Schwanz des Hitler-Hugenberg-Faschismus für Hindenburg zu marschieren. Sie sind drauf und dran, die Bande zu zerreißen, mit denen sie von den Wels und Breitscheid an die feindliche kapitalistische Klasse gefesselt sind.

Wir, alle Kommunisten, wollen ihnen dabei helfen. Und die Präsidentenwahlkampagne mit der abschreckenden Rolle der notverordnungstreuen Streikbruchführer der SPD und des ADGB, wird das Werk erleichtern, zu dem das Zentralkomitee der KPD in seinem Appell an die SPD-Arbeiter aufrief, sie einzureihen in die rote Einheitsfront, die ihren Führer in der Kommunistischen Partei hat und deren roter Präsidentschaftskandidat Thälmann ist.

Streiks und Protest-Demonstrationen

Neue Massenentlassungen in Sachsen. Betriebsräte und Vertrauensleute heraus zu den Betriebsrätekonferenzen der RGO. Schafft die rote Einheit in allen Betrieben!

Thermesol-Belegschaft führt Proteststreik durch

Wie wir gestern bereits meldeten, hat die Belegschaft der Gummi- und Asbestwerke Thermesol, Radebeul, gegen den Lohnabbau passive Resistenz beschlossen. Heute wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiter einen ½stündigen Proteststreik gegen den Notverordnungslohnabbau durchführten und passive Resistenz ausüben.

Dresdner Arbeiter demonstrieren gegen Lohnkürzung und Unterstützungsabbau

Gestern nachmittag kam es zur Bildung eines Demonstrationszuges Plauener Arbeiter aus den Plauener Betrieben. Ein Zug von 200 Teilnehmern bewegte sich nach Betriebsschluß durch die Zwickauer und Falkenstraße, nach dem Sternplatz und der Annenstraße. Rufe gegen Lohnraub und Unterstützungskürzung sowie Niederrufe auf die Regierung ertönten. Kurz vor dem Postplatz löste sich die Demonstration mit einem Hoch auf die rote Einheitsfront auf.

Stillegung Gechter & Kühne, Heidenau

Die Firma Gechter u. Kühne, Heidenau, hat die Stillegung beantragt. Am 16. Januar werden 80 Arbeiter entlassen. 61 Angestellten wurde bereits gekündigt.

Auch Sachsenwerk Niedersedlitz soll stillgelegt werden

Trotz der Erklärung der Direktion der Sachsenwerk-AG, daß eine Stillegung des Niedersedlitzer Hauptwerkes nicht erwogen wird, soll der Stillegung bereits beschlossene Sache sein. Das wird noch dadurch bestätigt, daß in der nächsten Woche Verhandlungen zwischen der AEG Berlin, der Hauptaktionärin der Gesellschaft, und der sächsischen Regierung stattfinden.

Die AEG stellt sich auf den Standpunkt, die völlige Stillegung des Werkes durchzuführen. Eine Weiterführung soll nur dann erfolgen, wenn die sächsische Regierung einen hohen Staatszuschuß zur Verfügung stellt.

500 Textilarbeitern gekündigt

Die Weberei und Färberei von **Jung & Simons** in Zwickau-Schedewitz hat sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. **Es kommen etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung.**

*

Die vorstehenden Meldungen über **Betriebsstillegungen** zeigen, daß neue große Massenentlassungen bevorstehen. Die Not der Arbeiter durch Lohnabbau, Bürgersteuer, Kurzarbeit und Massenentlassungen wird immmer größer. Dagegen gibt es nur einen Ausweg: **Kampf um die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse.**

Die Voraussetzung dafür ist die **rote Einheitsfront** gegen die Unternehmerangriffe und die Streikbruchpolitik der SPD- und Gewerkschaftsführer und der Nazis. Diese Einheit muß in **allen Betrieben, Stempelstellen** und Orten aufgerichtet werden. Die RGO veranstaltet am kommenden Sonntag

Betriebsräte-Konferenzen

In unserem Verbreitungsgebiet finden die Betriebsrätekonferenzen, die vormittags 9 Uhr beginnen, statt:

Dresden: „Bayrische Krone", Neumarkt,
Freiberg: Rest. „Lokomotive", Humboldtstraße.

Diese Konferenzen werden wichtige Hebel zur Herstellung der roten Einheit der Betriebsarbeiterschaft sein. Deshalb: **Belegschaften, sorgt dafür, daß alle klassenbewußten Betriebsräte und Vertrauensleute an diesen Konferenzen teilnehmen,** um gemeinsam über die Maßnahmen der Sicherung eurer Existenz zu beraten und Beschlüsse zu fassen.